

Presseinformation

16. August 2021

EU-Kommission stellt 6,9 Millionen Euro für Gemeindeparterschaften zur Verfügung

LR Eichtinger: Einreichungen für Gemeinden, Städte und Vereine bis 26. August 2021 möglich

Europa unterstützt die Vernetzung von Gemeinden und Städten über die Landesgrenzen hinweg in zwei Themenbereichen: Gemeindeparterschaften und Gemeinденetzwerke. Finanzielle Unterstützung gibt es für Projekte, die das Vernetzen und den Austausch zu programmrelevanten Themen diskutieren und somit Bürgerbeteiligung auf EU-Ebene fördern. Ganz oben auf der Agenda stehen dabei Maßnahmen zur Sensibilisierung des europäischen Integrationsprozesses durch Solidarität, die Förderung des Zugehörigkeitsgefühls zu Europa durch eine verstärkte Debatte über die Zukunft Europas und die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf lokale Gemeinden. Zu den geförderten Aktivitäten gehören etwa Seminare, Konferenzen, Expertentreffen, Webinare oder der Austausch zu Best-Practice Beispielen.

EU-Landesrat Martin Eichtinger dazu: „Für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU ist es für NÖ Gemeinden und Städte wichtig, langfristige Beziehungen mit anderen Gemeinden auf internationaler Ebene aufzubauen. Das Kennenlernen anderer Kulturen und Sprachen, eine verstärkte Vernetzung und das Lernen von kommunalen Best-Practice Beispielen, steht im Mittelpunkt. Insgesamt stellt die EU-Kommission eine Fördersumme von 6,9 Millionen Euro zur Verfügung und eine Projektförderung für Gemeindeparterschaften von bis zu 30.000 Euro in Aussicht.“

Thematisch behandelt eine Gemeindeparterschaft zumindest eine von vier Prioritäten: Europäisches Erbe und kulturelle Vielfalt, Europäische Integration im Geiste der Solidarität, Europäische Zukunftsdebatte oder COVID-19 in den Gemeinden und besteht aus mindestens zwei Gemeinden aus unterschiedlichen EU-Staaten. Die Laufzeit beträgt maximal zwölf Monate.

Für den zweiten Themenbereich, den Gemeinденetzwerken, stellt die EU 4,2 Millionen Euro Fördersumme zur Verfügung. Mindestens fünf Gemeinden aus fünf unterschiedlichen Ländern, davon mindestens drei EU-Mitgliedsstaaten, setzen

Presseinformation

sich im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten mit Fragen der Zukunft Europas und der europäischen Demokratie auf Gemeindeebene auseinander. Diese umfassen Themen zum EU-Bürgerschaftsrecht, Auftreten gegen Diskriminierung und Rassismus, Einbeziehung von Minderheiten, der Europäische Grundrechtecharta sowie COVID-19 in den Gemeinden. Die Projektlaufzeit beträgt mindestens zwölf und maximal 24 Monate. Für Gemeindefnetzwerke gibt es keine Förderobergrenze.

Christine Lechner, Geschäftsführerin NÖ.Regional: „Die beiden EU-Gemeinschaftsprogramme bieten großartige Möglichkeiten für Niederösterreichs Gemeinden und Städte. Wichtig ist die Einbeziehung möglichst unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen mitgestalten. Wir, die EU-Service-Agentur des Landes NÖ, unterstützen interessierte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit weiteren Informationen und Details zur Einreichung.“ Die Einreichfrist endet am 26. August 2021 um 17 Uhr.

Weitere Informationen unter <https://www.noeregional.at/aktuelles/eu-foerdercalls/>, NÖ.Regional, Barbara Ziegler, MSc, Leitung Öffentlichkeitsarbeit, Telefon +43 676 88 591 321, E-Mail barbara.ziegler@noeregional.at, www.noeregional.at.